

Hohenstein-Grustthaler Tageblatt

Anzeiger

Ersteinst
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Ansträger pro Quartal Mk. 1,40,
durch die Post Mk. 1,50 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Ansträger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hernsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Kusdorf, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Kuschnappel, Grumbach, St. Egidien, Süttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für den Verwaltungsbezirk des Stadtrathes zu Hohenstein-Grustthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 72.

Donnerstag, den 29. März 1900.

50. Jahrgang

Gewerbliche u. kaufmännische Fach- u. Fortbildungsschule zu Hohenstein-Grustthal.

Die Prüfungen in der hiesigen gewerblichen und kaufmännischen Fach- und Fortbildungsschule
finden Sonntag, den 1. April in der Aula der Bürgererschule in nachstehender Ordnung statt:

11—11,20	M. III der Kaufmänn. Abt.: Handelsgeographie. Herr Kirchhof.
11,20—11,40	" " " " : Kontoforrenten. Herr Schönherr.
11,40—12	" " " " : Webabteilung: Musterberechnen. Herr Schötherr.
12—12,20	" " " " : Materiallehre. Herr Walther.
12,20—12,40	" " " " : gewerblichen Abt.: Buchführung. Herr Bauer.
12,40—1	" " " " : kaufmänn. Abt.: Die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Handelsgesetzbuches. Schuldir. Dieze.

Hierauf feierliche Entlassung der Abgehenden.

Die Prüfung in der praktischen Weberei findet von 11 bis 1 Uhr in den
Sälen des Weibschulgabäudes statt. Die Ausstellung der im Laufe des Schuljahres gefertigten
theoretischen und praktischen Schülerarbeiten befindet sich in der Schulküche.
Wir beehren uns, zum Besuche der vorgenannten Veranstaltungen ergebenst einzuladen.

Die Direktion der Schule.

H. Sauerlich. Schuldirektor Dieze.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. März.

Nachdem gestern der Reichstag die Verabreichung der
Seemannsordnung erledigt, — Verhandlungen, die für
unsere Leser weniger Interesse haben —, wird heute die
dritte Lesung des Stats begonnen. Abg. Spahn (Zentr.)
wünscht bessere Schnellzugverbindungen zwischen Berlin
und Leipzig; der sächsische Gesandte Graf Hohenhausen rät
dem Antragenden, sich direkt an den preussischen Eisen-
bahnminister zu wenden.

Seitens der freisinnigen Volkspartei wird eine Reso-
lution, betr. Gewährung von Diäten an die Mitglieder
des Reichstags beantragt. Abg. Gröber (Zentr.) und
Wassermann (nl.) beantragen, in dieser Resolution das
Wort „Diäten“ durch das Wort „Anwesenheitsgelber“
zu ersetzen. Abg. Fischbeck (frei. Volksp.) begründet die
Resolution; habe man früher geglaubt, die Sozialdemo-
kraten vom Reichstage durch die Diätenlosigkeit aus-
zuschließen, so sei das zur Genüge durch die Erfahrung
widerlegt worden, nur der Mittelstand werde durch die
Diätenlosigkeit vom Reichstage ausgeschlossen. Der offen-
barste Beweis für eine Nothwendigkeit von Diäten sei
dieses leere Haus, die Unmöglichkeit, wichtige Gesetze wie
z. B. die Gewerbeordnung zum Abschluss zu bringen. Abg.
Wassermann (nl.) tritt für die veränderte Resolution ein.
Langjährige Erfahrungen des Reichstags sprächen für die
endgültige Regelung der Frage, zumal angeht die Länge
der Session. Sei doch erst gestern, wo die Seemanns-
ordnung zur ersten Lesung gelangt sei, sogar wieder ein
neues Gesetz, das Seuchengesetz, angehängt worden.
Alle Bedenken müßten schweigen, wenn die Diäten nur
in Gestalt von Anwesenheitsgelbern bezahlt würden
Abg. Gröber (Zentr.) spricht sich in gleichem Sinne aus.
Als selbstverständlich sehe er es an, daß neben den
Präsenzgelbern die Freizeittarife beibehalten würden.
Abg. Singer (soz.) stimmt dem Abg. Fischbeck zu. Die
Diäten seien eine notwendige Ergänzung des allge-
meinen Wahlrechts. Jedenfalls aber würden sich seine
Freunde durch Diäten oder Präsenzgelber nicht hindern
lassen, Gesetzentwürfen, die sie für unheilvoll hielten, nach-
wie vor mit allen Mitteln entgegenzutreten. Auch könne
keinesfalls davon die Rede sein, etwa die Diätengewäh-
rung mit einer Einschränkung des Wahlrechts zu ver-
knüpfen. Abg. Gräfe (Reform.) ist für die Diäten
Gerade dem produktiven Mittelstande verperrt. Abg.
v. Kardorff (Reichsp.) erklärt, daß sich ein Theil seiner
Freunde jetzt für die Diäten ausspreche, da der Antrag
aber gestern erst plötzlich eingegangen sei, so hätten seine
Freunde noch keinen Fraktionsbeschluss fassen können und
würden sich daher der Abstimmung enthalten. (Heiterkeit.)
Hegner rügt, daß so wichtige Anträge erst im letzten
Augenblick bei der Statberatung eingebracht würden.
Abg. Nidert (frei. Ver.) verweist den Vorredner gegen
über darauf, daß die Frage seit Jahrzehnten im Hause
diskutirt worden sei, so daß man von dem Antrag nicht
überhaupt sein könnte. Abg. Nidert (frei. Volksp.) be-
streitet ebenfalls, daß es sich bei einem Antrag dieser Art
um eine Ueberrumpelung handeln könne. Abg. Wasser-
mann erklärt, seine Freunde sehen als selbstverständlich
an, daß an dem Wahlrecht nicht getüßt werde.
Hierauf wurde gegen die Konfervativen und Fürst Bis-
marck (die Mitglieder der Reichspartei entfernten sich
vorher) die Resolution in der Fassung Gröber angenom-
men. — Bei den einzelnen Stats bringen verschiedene

Abgeordnete Wünsche und Beschwerden vor. Abg. Prinz
v. Carolath befürwortet u. a. die Erleichterung des Frauen-
studiums. Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, was
er in Aussicht gestellt habe, sei bereits erfüllt. Frauen
würden zur medizinischen Approbation zugelassen, wenn
die Vorbedingungen dazu erfüllt seien, letztere seien aller-
dings noch erschwert, denn bei den hervorragenden Be-
treibern der Wissenschaft in Preußen bestähe noch Ab-
neigung dagegen, Frauen zu den Vorlesungen zuzulassen.
Es sei auch fraglich, ob die verbündeten Regierungen sich
entschieden würden, in dieser Hinsicht einen Druck aus-
zuüben. Gröber hofft, daß diese Vorurtheile schwin-
den möchten. Abg. Nidert (frei. Ver.) glaubt, daß
hauptsächlich das preussische Staatsministerium Schwierig-
keiten mache, während doch gerade Preußen die Pflicht
hätte, in diesem Punkte voranzugehen. Abg. Rembold
(Zentr.) empfiehlt eine Resolution betr. Revision der
Vorschriften zur Bekämpfung der Maul- und Klauenpeuche,
namentlich in Bezug auf die wirtschaftlich schädlichen
Sperrmaßregeln. Staatssekretär Graf Posadowsky er-
widert, es werde vom Gesundheitsamt sorgfältig geprüft
werden, ob die Vorschriften vom Jahre 1895 zu ändern
seien. Die Nachtheile der Sperre seien unüberlegbar, an-
dereits stehe aber fest, daß durch nichts die Seuche
mehr verbreitet werde, als durch Viehmärkte und sonstige
Berkehrsanstaltungen. Eine ziemlich gereizte Kampfes-
stimmung tritt übrigens Platz, als die Sozialdemokraten
und besonders der Abg. Bebel von den Abg. Dr. Arendt
(Soz.) und Dr. Paasche (nl.) scharf wegen der Geflohen-
heit angegriffen wurden, gegen außerhalb des Hauses
stehende Personen Beschuldigungen auszusprechen, für deren
Berechtigung sie keine Beweise beibringen könnten. —
Weiterberatung morgen.

In der Budgetcommission des Reichstags begann
heute die Verabreichung der Flottenverle. Die Regierung
ist durch Admiral Tirpitz, Graf Bülow, den Schatz-
sekretär von Thielmann, die Vertreter Bayerns,
Sachsens, der Hansestädte und einen großen Stab von
Commissionen vertreten. Es sind besondere Maßnahmen
zur Sicherung der Discretion getroffen, auch das
Vorzimmer der Commission, das sonst den Vertretern
der Presse offen steht, ist heute nur Mitgliedern des
Reichstags oder Bundesraths zugänglich. Da die
Regierungsvertreter strengstes Stillschweigen verlangen,
beschließt die Commission, heute unter Ausschluß der
Berichterstattung an die Presse zu verhandeln. Die
Mitglieder des Centrums haben beantragt, in der
Commission eine Generaldebatte und zwei Lesungen
stattfinden zu lassen und die Generaldebatte in vier
Hauptabschnitte zu theilen: nämlich I. Nothwendigkeit
und Umfang der Flottenvermehrung; II. Kosten und
Beschaffung der Mittel; III. gesetzliche Festlegung der
Vermehrung; IV. Durchführung der Vermehrung.
Ferner beantragen die Mitglieder des Centrums, an-
lässlich dieser Generaldebatte folgende Fragen an die
Vertreter der verbündeten Regierungen zu richten: zu I.
Nothwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung;
1. Welche Ereignisse sind seit dem Erlaß des Flotten-
gesetzes vom 10. April 1898 eingetreten, die eine
Änderung desselben nothwendig machen? 2. Wie ist
das derzeitige Stärkeverhältnis der Flotten a) Deutsch-
lands, Italiens, Oesterreich-Ungarns, b) Rußlands
und Frankreichs, c) Englands und der Vereinigten
Staaten von Nordamerika? 3. Welche Verstärkungen

der Flotten dieser Staaten sind zur Zeit bereits be-
willigt oder in Aussicht genommen? 4. Welches sind
die Stärkeverhältnisse der Landarmeen dieser Staaten?
5. Wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen
Staaten? 6. Wie weit ist der vorgeschlagene Umfang
der Flottenvermehrung begründet mit a) der Abwehr
der Seefahrtgefahr, b) dem Schutz der Handelsflotte,
c) der Vertheidigung der vorliegenden Schutzgebiete?
7. Welche Ziele verfolgen die verbündeten Regierungen
über vorstehende Aufgaben hinaus mit der geplanten
Weltmachtpolitik? Zu II, Kosten und Beschaffung der
Mittel: 8. Welche Steigerung der sonstigen Reichs-
ausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre
1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehraufgaben für
das Heer, den Pensionsfonds, die Versicherungsgelege,
die Kolonien, Neubewaffnung, Festungsbauten, Ueber-
see-Tab 1, Anlagen in Kiautschow, maritime Stützpunkte,
Kohlenstationen, Afrikaabgaben und Vermehrung der
Kolonialtruppen? 9. Sind die verbündeten Re-
gierungen geneigt, die alsbaldige Anlage eines Nickel-
stahl-Panzerplatten-Werkes zur Herstellung des ge-
samten Panzermaterials für die deutsche Kriegsflotte
auf Rechnung des Reiches in Erwägung zu ziehen?
10. Welche neuen Steuern schlagen die verbündeten
Regierungen unter Aufrechterhaltung des im Artikel
8 des Gesetzes vom 10. April 1898 festgestellten
Grundmaßes zur Deckung der Kosten der geplanten
Flottenvermehrung vor? Zu III. Gesetzliche Fest-
legung der Vermehrung: 11. Wie denkt man sich die
verbündeten Regierungen die praktische Durchführung
der §§ 1 bis 3 der Novelle unter gleichzeitiger Auf-
rechterhaltung des § 7 des Gesetzes vom 10. April
1898? 12. Wäre es nicht besser, die Vorschriften
des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein
einheitliches Gesetz zusammenzufassen? Zu IV. Durch-
führung der Vermehrung: 13. In welcher Weise ge-
denken die verbündeten Regierungen den Nachtheilen
zu begegnen, welche aus der Verstärkung der Flotte
für die Landwirtschaft zu befürchten sind? 14. Sind
die verbündeten Regierungen geneigt, im Interesse der
Landwirtschaft: a) eine Maximalpräsenzpflicht für Heer
und Flotte zusammenzurechnen, zu gewährleisten, welche
die Zahl der für beide Zwecke auszubehaltenden Mann-
schaften auf ein erträgliches Maß beschränkt; b) für
eine angemessene Erhöhung der Schutzölle auf land-
wirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden
Handelsverträgen energisch einzutreten? — Aus der
nicht geheime Diskussion haben wir das folgende
hervor: Abg. Müller-Fulda (Zentr.) tadelte die Art
der Agitation für die Flotte, vornehmlich auch den
Hinweis auf die nothwendige Getreidezufuhr. Abg.
Dr. Paasche (natl.) betonte die Nothwendigkeit der
Unlandschiffe. In Costarica sei seit 18 Jahren kein
deutsches Schiff gewesen. Das Erscheinen des kleinen
Kreuzers „Geier“ in Mittel- und Südamerika habe
sehr wohlthätig gewirkt. Unsere Kaufleute, die in
spanisch und portugiesisch redenden Ländern thätig
sind, kehren später als leistungsfähigste Steuerzahler
nach Deutschland zurück. Abg. Graf Stolberg (conf.)
verwahrt sich ausdrücklich gegen die Ausführungen in
einzelnen Flottenagitationsbrochüren, welche in letzter
Zeit das Land überschwemmt haben. Auf Anfrage
des Abg. Bebel, ob die Nachricht von der Erwerbung
deutscher Kolonien in Asien begründet sei, erklärt
Staatssekretär Graf Bülow, daß an dieser Nachricht
nichts Wahres sei. Die Verabreichung wird Mittwoch
fortgesetzt.

Der Krieg am Transvaal.

Die amtliche Berichterstattung über die Vorgänge
auf dem Kriegsschauplatz hat wieder einmal voll-
ständig ausgefallen — die Stockung in den militärischen
Aktionen hält also immer noch an. Lord Ritchener
befindet sich im Norden des Kaplandes, um die rück-
wärtige Verpflegungslinie zu sichern, die infolge der
Zerföhrung fast aller Brücken eine außerordentlich
schwierige ist. Augenblicklich ist nun das spannendste
Moment in dem blutigen Ringen im Süden Afrikas
der Rückzug jener Burenschaaren aus dem Norden des
Kaplandes nach dem Norden des Freistaates. Wir
meldeten gestern, daß General French nach Blum-
fontein zurückgekehrt sei, ohne daß Kämpfe mit den
Buren, die angeblich nach Norden zu abzügen, statt-
gefunden hätten. Damit ist jede weitere Gefahr für
die Streitmacht des Commandanten Olivier, die von

englischen Correspondenten auf 5000 Mann mit 14
Geschützen beziffert wurde, geschwunden. Seine Ver-
einigung mit der Hauptarmee vor Kroonstad dürfte
sich jetzt ungehindert vollziehen können. Von englischer
Seite hüllt man sich fortgesetzt in Schweigen über den
Zusammenstoß, den General Gatacre mit diesem Buren-
corps hatte. Ueberhaupt hat man seit 14 Tagen fast
nichts mehr von Gatacre gehört und kamen überhaupt
vom Dranjesfluß nur widersprechende Nachrichten. Die
englischen Nachrichtenquellen wissen überhaupt nichts
von einem Kampfe zu melden, während wir gestern
plötzlich erfuhren, daß Gatacres Truppen (von ihm
selbst sagt die Meldung nichts) bei Donkers-Boort sich
mit denjenigen des Generals Clements vereinigt haben
(„Daily Telegraph“). Nun aber sollten beide Generale
bereits längst über Springsfontein hinaus sein, d. h.
sich mindestens 40—50 Kilometer nördlich vom Dranje-
fluß befinden, während wir sie jetzt an der nur 8 Kilo-
meter vom Flusse entfernten ersten Bahnstation nörd-
lich No. wals Pont finden. Um dorthin zu gelangen,
muß aber Gatacre die Straße Bethulie—Springsfontein
verlegt gefunden und sich südwestlich nach Donkers-
Boort zurückgedrängt gesehen haben. Die siegreichen
Freistaatler würden danach in aller Ruhe mit ihren
Dschentaren und Geschützen nach Nordosten gen
Wepener und Ladybrand abgezogen sein, wohin ihnen
das vordem bei Alival North gestandene Corps offen-
bar schon vorangegangen war. So erklären sich
vielleicht die widersprechenden Angaben der verschiedenen
Correspondenten über mehrere in derselben Richtung
ziehende größere und kleinere Commandos. Dafür,
daß General Gatacre wirklich eine Niederlage erlitten
und dabei einen Theil seiner Geschütze verloren hat,
spricht auch eine weitere englische Meldung, welche die
Zuversicht ausdrückt, es werde General Roberts ge-
lungen, vor Olivier nach Ladybrand zu kommen, um
jenen abzuschneiden und „die uns abgenommenen
Kanonen wieder zu erbeuten“.

Die Stockung in den englischen Operationen hängt
sicherlich mit dem wachsenden Aufstande im Rücken
der englischen Heere zusammen. Besonders im Cica-
land und in der Umgebung von Kimberley ist der
Aufstand für die Engländer sehr fühlbar; Lord
Rethuen kann deswegen nicht vorwärts, denn jeder
Versuch, die starke Stellung der Buren bei Fourteen
Streams durch einen Flankenmarsch nach links zu
umgehen, führt in das Aufstandsgebiet hinein und
muß deshalb so lange unterbleiben, bis die Re-
bellen vollständig unterworfen sind. Selbst die
nächste Umgebung von Kimberley scheint noch keines-
wegs ruhig zu sein. Als Lord Chesham am Freitag
mit einer Abteilung Yeomanry von der Stadt in
östlicher Richtung vorrückte, wurde er nach einem
Marsch von nur 10 Meilen durch die Rebellen auf-
gehalten, schickte dementsprechende Meldung nach Kim-
berley und bat um Verstärkungen.

Dem „Reuter-Bureau“ wird aus Beart vom
26. März gemeldet, eine vom Afrikanerbund ver-
anstaltete Versammlung wurde dort zu Gunsten einer
verföhrlichen Politik abgehalten. In dieser Ver-
sammlung erklärte Jaggrove, die Buren würden sich
niemals mit der britischen Oberherrschaft zufrieden-
geben. Er stellte weiter einen neuen Krieg in sechs
Jahren in Aussicht, wenn den beiden südafrikanischen
Republiken, welche Gerechtigkeit und freie Großmuth
verlangten, nicht die unbeschränkte Unabhängigkeit
wieder eingeräumt werde. Marais, Mitglied der ge-
setzgebenden Versammlung der Kapkolonie, sagte, der
jetzige Krieg sei die Fortsetzung des Zuges von
Rhodes, wie er sich selbst ausdrückte, zu seinem Ziel
gelangen wollte. Schließlich wurde von der Ver-
sammlung mit überwiegender Majorität ein Beschluß
angenommen, in welchem erklärt wird, daß jede Re-
gelung des jetzigen Konfliktes, bei welcher nicht die
Unabhängigkeit der südafrikanischen Republiken gewahrt
werde, sich als eine Schädigung der wichtigsten Inter-
essen des britischen Reiches erweisen würde.

An Nachrichten von den Kriegsschauplatzen sind
zu verzeichnen:

London, 27. März. Die „Times“ melden
aus Blumfontein vom 26. d.: In Folge einer gestern
in der Richtung auf Frankfort von der Cavallerie
ausgeführten Helognosierung wurden die Buren aus
ihren Stellungen vertrieben. Die Verluste auf
britischer Seite sind gering.